



BUNDES  
**SGK**

Sozialdemokratische Gemeinschaft  
für Kommunalpolitik in der  
Bundesrepublik Deutschland e.V.

## **Diskussionspapier**

# **Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement**

**Beschluss des Vorstandes der Bundes-SGK  
vom 12. September 2008**

## Diskussionspapier

### Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement

*Dieses Diskussionspapier gibt Tipps und Hinweise zu dem Zusammenhang von demografischem Wandel und bürgerschaftlichem Engagement. Zugleich werden Fragen aufgeworfen, die dazu anregen sollen, die vielfältigen Facetten dieser Thematik lokal und regional zu erörtern und Antworten sozialdemokratischer Kommunalpolitik zu finden.*

*Demografischer Wandel und Mitwirkung der Bürger stehen in einem wechselseitigen Zusammenhang: Der demografische und der kulturelle Wandel in unserer individualisierten Gesellschaft hat Folgen für die Bereitschaft und die Möglichkeiten der Menschen, sich im Gemeinwesen einzubringen. Zugleich ist die gezielte Förderung der Bürgermitwirkung ein wichtiger Hebel, die vielfältigen Herausforderungen, die sich den Kommunen im demografischen Wandel stellen, zu bewältigen.*

(Zu grundsätzlichen Ausführungen zu Fragestellungen des demografischen Wandels wird auf das Diskussionspapier der Bundes SGK „Demografischer Wandel - Strategische Handlungsansätze“, Beschluss des Vorstandes vom Dezember 2005, verwiesen.)

#### 1. Herausforderungen für das bürgerschaftliche Engagement

Der demografische Wandel mit seinen Verschiebungen im Altersaufbau, Wanderungsbewegungen und Veränderungen der gesellschaftlichen Kulturen stellt die Kommunalpolitik vor bislang nicht gekannte Herausforderungen.

Nicht nur die Alterung der Bevölkerung, sondern die Wanderungsbewegungen zwischen den Kommunen wie auch innerhalb der Städte stellen ganz neue Anforderungen an die Sozial- und Stadtentwicklungspolitik. Die Standortkonkurrenz hat sich mittlerweile auf alle Felder der kommunalen Selbstverwaltung ausgedehnt. Weiche Faktoren werden zunehmend zu harten Standortbedingungen, insbesondere für Familien, um die die Kommunen konkurrieren. Wachsende und schrumpfende Regionen liegen dicht beieinander, ganze Landstriche, insbesondere in Ostdeutschland und in strukturschwachen Gebieten im Westen, verlieren insbesondere junge, mobile Einwohner, einige entleeren sich dramatisch.

Investitionen in öffentliche Infrastrukturen müssen stärker als bisher an ihren Wirkungen auf den demografischen Wandel gemessen werden. Eine qualitätvolle Senioren- und Familienpolitik verlangt nach innovativen Betreuungsansätzen und neuen sozialen Vernetzungen. Stadtentwicklung und Flächenplanung muss segregierte Stadtteile verhindern, den Trend zur Suburbanisierung umkehren, eine Belebung der Innenstädte erreichen und gemischte Stadtstrukturen gewährleisten. Eine gezielte Bildungs- und Integrationspolitik muss eine stärkere Integration benachteiligter Bevölkerungsschichten – nicht nur der Menschen mit Migrationshintergrund – erreichen. Insbesondere die Kinder und Jugendlichen sind zu befähigen, mündig und kompetent am sozialen und politischen Leben teilzunehmen und erfolgreich das Bildungssystem zu durchlaufen.

Deshalb ist es wichtig, dass Politik nicht nur finanzielle sondern auch die menschlichen Ressourcen, die in unserer Gesellschaft stecken, mobilisiert, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Dazu gehört vor allem das bürgerschaftliche Engagement. Dieses ist gezielt als ein wichtiges Instrument der kommunalen Entwicklungsstrategie aufzubauen und einzusetzen.

Es muss alles getan werden, um den negativen Auswirkungen des demografischen Wandels im lokalen Umfeld zu begegnen. Gleichzeitig müssen aber auch die Möglichkeiten, die demografische Entwicklung zu verändern und positiv zu gestalten, gesehen und genutzt werden:

- Politik kann zwar den Männern und Frauen nicht mehr Kinder verordnen oder sinkende Geburtenraten einfach rückgängig machen. Dennoch können und müssen die Kommunen den Menschen mit Kinderwunsch durch die gezielte Förderung vielfältiger sozialer Netze und eines kinderfreundlichen gesellschaftlichen Klimas die Möglichkeit geben, ihren Wunsch nach Kindern zu realisieren.
- Ältere Menschen dürfen nicht nur in ihren möglichen Belastungen der sozialen Dienste und der Ausweitung der Pflege gesehen werden, sondern auch als Potenzial für bürgerschaftliches Engagement und der aktiven Gestaltung des Zusammenlebens der Generationen. Aktive Senioren, ob im Beruf oder im Ehrenamt, haben uns viel zu bieten: Wissen, Erfahrungen, und oft sind sie Vorbilder für die Jüngeren.
- Einem drohenden Rückgang der Bevölkerungszahlen kann durch attraktive Lebensbedingungen, die Herausstellung weicher Standortfaktoren und neuer Wege der Wirtschafts- und Arbeitsplatzförderung begegnet werden.

## **2. Auswirkungen des demografischen Wandels auf das bürgerschaftliche Engagement**

Neben dem demografischen Wandel wirken sich parallel auch der kulturelle bzw. der Wertewandel auf das bürgerschaftliche Engagement aus. Aus verschiedenen Studien (u.a. Freiwilligen survey der Bundesregierung „Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004“, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Partizipationsstudie der Forschungsgruppe Wahlen) ist bekannt, dass mehr als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger über 14 Jahre sich freiwillig engagieren. Dieser zunächst positive Zustand ist nach zwei groben Kriterien zu differenzieren: nach der Art des Engagements und nach dem Alter und der sozialen Schichtung der Engagierten. Auch engagieren sich nicht überall in Deutschland die Menschen in gleichem Maße.

### *Veränderte Muster des bürgerschaftlichen Engagements*

Politisch interessierte und sozial aktive Menschen engagieren sich heute anders als noch vor zwanzig Jahren. Die Menschen sind insgesamt engagierter geworden. Die Bindungen an traditionelle Organisationen, wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Vereine und Parteien haben jedoch deutlich abgenommen. Menschen sind kritischer geworden, pragmatischer und nutzenorientierter. Sie engagieren sich eher dann, wenn sie konkrete Resultate erzielen können, weniger aus hergebrachtem Pflichtgefühl. Gleichzeitig haben sich aber auch bei vielen Menschen die Anforderungen an die Mobilität und zeitliche Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt so stark erhöht, dass langfristige Bindungen – selbst wenn man sie eingehen wollte – immer schwieriger werden. Dies führt insgesamt dazu, dass die Menschen sich lieber in kürzeren Fristen und in überschaubaren Projekten einbringen wollen, und zwar in Aufgabenbereichen ihres konkreten Lebensumfeldes. Eine solche Einstellung der Menschen führt insgesamt zu einer Bewegung

- weg von den herkömmlichen ehrenamtlichen Funktionen in den großen bürgerschaftlichen Organisationen und
- hin zu den kurzfristigeren, projektorientierten und brennpunktorientierten unkonventionellen freiwilligen Engagements in Bürgerinitiativen, Nachbarschaften und kleineren Selbsthilfegruppen.

### *Veränderte soziale und demografische Voraussetzungen*

In den Regionen, die von einer starken Alterung und dem Wegzug von jungen Menschen betroffen sind, schwindet die Zahl möglicher engagierter Einwohner. Dies führt dazu, dass insbesondere in wirtschaftlich schwachen ländlichen Gebieten der junge Nachwuchs in den Vereinen fehlt. Gerade dort, wo traditionelle Organisationen das Rückgrat der lokalen Bürgergesellschaft sind, haben es die Freiwilligen Feuerwehren oder die Sportvereine aber auch Kirchengemeinden zunehmend schwer, neue junge, aktive Mitglieder zu gewinnen. In Ostdeutschland ist die Quote des Engagements noch geringer als in Westdeutschland, hier liegt ein erhebliches Entwicklungspotenzial.

Die Beteiligungsformen und -strukturen in größeren Städten sind ebenfalls in einem Wandel. Die oft vorhandene soziale Segregation und die Herausbildung benachteiligter Stadtteile, in denen ein hoher Anteil von Migranten, Großfamilien in schwierigen Lebenslagen, (Langzeit-)Arbeitslosen und sozial Schwachen leben, führt in diesen Quartieren dazu, dass dort die Menschen die Kraft zum Engagement nicht aufbringen wollen und können. Gerade da, wo Partizipation und soziales Engagement so wichtig wäre, fehlt es vielen Menschen an sozialem Grundvertrauen und an grundlegenden Befähigungen, sich überhaupt zu verständigen, geschweige denn, sich qualifiziert einzubringen. Gerade hier sollten spezifische Aktivierungs- und Beteiligungsformen entwickelt werden, die diese Bevölkerungsgruppen befähigt und ermutigt, an der Quartiersentwicklung mitzuwirken.

Demografischer Wandel wirkt sich vielfach auch positiv auf die Engagementfähigkeit aus. Für eine zunehmende Zahl von Menschen bedeutet die Alterung zunächst ein Zuwachs an aktiver und gesunder Lebenszeit. Viele ältere Menschen sind auf der Suche nach sinnvollen und erfüllenden Wegen, ihre private Zeit zu füllen und sich zu verwirklichen. Sie bringen oft umfangreiche Lebens-, Berufs- und auch Führungserfahrung mit. Für die kommunale Entwicklung ist es förderlich, wenn Senioren sich in vielen gesellschaftlichen Feldern aktiv einmischen. Hier ist es eine wichtige Aufgabe der Politik, die aktiven Senioren mit ihrem Erfahrungswissen, ihren kontinuierlicheren Zeitbudgets und ihrer oft hohen Motivation gezielter einzubinden und mit entsprechenden Hilfestellungen und Infrastrukturen zu unterstützen. Erworbenes Wissen, Fähigkeiten und Erfahrungen müssen gesichert und weitergegeben werden. Ein solcher Wissenstransfer, der nicht Besserwisseri und Bevormundung der Jüngeren ist, stärkt auch die Solidarität der Generationen untereinander.

Der Freiwilligensurvey der Bundesregierung untermauert diesen Handlungsansatz: die Altersgruppe mit den auffälligsten Steigerungen im freiwilligen Engagement sind die Menschen zwischen 60 und 69 Jahren, also die jüngeren Senioren.

### *Bürgerschaftliches Engagement fördert erfolgreiche Kommunalpolitik*

Sowohl Bürgerengagement als auch Bürgerbeteiligung – also beide Formen der Bürgermitwirkung – können, wenn wir es richtig anpacken, die Qualität unserer politischen Entscheidungen stärken und unser sozialdemokratisches Profil aufwerten. Hierfür gibt es fünf gute Gründe:

- **Qualität unserer Politik erhöhen:** Das Erfahrungswissen der Bürger ist eine wichtige Ressource, wenn es darum geht, die „richtigen“ Entscheidungen zu treffen. In Verbindung mit dem Fachwissen von Verwaltung und Politik erhalten wir verbesserte Informationsgrundlagen.
- **Akzeptanz und Transparenz schaffen:** Mit mehr Beteiligung schaffen wir Sensibilität für wichtige Themen sowie Transparenz und Akzeptanz von Entscheidungen. Gemeinsam gesuchte Lösungen sind besser als einsame Entscheidungen und finden auch deutlich mehr Rückhalt in der Bevölkerung.
- **Identität stiften:** Wenn Bürger sich einbezogen fühlen und eine Kultur der Beteiligung entsteht, wachsen die Identifikation und das Verantwortungsgefühl der Menschen für ihr Dorf, ihre Gemeinde ihren Stadtteil. Einfacher gesagt: Es wächst Heimat. Dazu können wir Sozialdemokraten beitragen!

- **Kräfte vervielfältigen:** In Städten und Gemeinden, in denen Bürgerengagement wirklich lebt, entwickelt sich viel kreative und motivierende Energie. Arbeiten Politik und Verwaltung Hand in Hand mit den aktiven Bürgern, können sie viel mehr erreichen, als wenn jeder eigenständig handelt.
- **Soziales Kapital aufbauen:** In einer Kommune, in der Politik die Menschen beteiligt und sich viele engagieren, herrschen mehr Solidarität und Eigenverantwortung. Mehr Miteinander fördert den sozialen Zusammenhalt, erleichtert notwendige kommunale Veränderungsprozesse, begeistert für Politik und steigert die Lebensqualität.

### 3. Handlungsfelder für bürgerschaftliches Engagement

Kommunalpolitik muss auf die Veränderungen im demografischen Wandel reagieren (Älterwerden, Wanderungen, Migration) und sollte zugleich die Chance nutzen, negative Entwicklungen zu verhindern (Abwanderungen, Kindermangel) und positive Tendenzen zu fördern (Kinder- und Familienfreundlichkeit, Attraktivitätssteigerung, Integration). Dazu werden die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements dringend benötigt.

#### *Familie, Kinder, Jugend*

Kommunalpolitik muss Bedingungen schaffen, in denen Kinder willkommen sind. Dazu müssen qualitativ hochwertige Betreuungsangebote bereitgestellt und eine kinder- und familiengerechte Infrastruktur geschaffen werden. Dazu gehört auch, bürgerschaftliches Engagement zur Förderung von Kindern und Jugendlichen anzuregen und zu unterstützen.

Diese Förderung sozialer Netzwerke geschieht in den Nachbarschaften aber auch in den Einrichtungen, z.B. bei der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern, von Initiativen, Kirchen und Vereinen (Sport, Kultur) in die Ganztagsbetreuung und bei der Aus- und Umgestaltung des Wohnumfeldes.

Die familienfreundliche Kommune kommuniziert auch in der Öffentlichkeit ein klares Bekenntnis zu Familien und Kindern und bringt als Impulsgeber unterschiedliche Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie engagierte Eltern, Vereine und Institutionen zu einem „Lokalen Bündnis für Familie“ zusammen.

Besonderer Bedeutung kommt den Bildungseinrichtungen in den Kommunen zu, in denen alle Kinder eine optimale Förderung erhalten können und die mit ihrer Vernetzung in das lokale Umfeld vielfältige Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement und andere lokale Akteure erfahren (z.B. durch „Lese- oder Bildungspatenschaften“, Freizeitangebote), die den Kindern und Jugendlichen in ihrer Entwicklung zugute kommen.

#### *Ältere Menschen*

Die Lebensqualität in einer alternden Gesellschaft hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie ihre Bürgerinnen und Bürger diese mitgestalten können. In stärkerem Maße als bisher müssen daher die Interessen und Potenziale der Älteren in Bezug auf Wohnen, Wohnumfeld, Dienstleistungen etc. berücksichtigt werden.

Viele ältere Menschen sind in der Lebensphase nach ihrem Arbeitsleben bereit und in der Lage, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Ihre Erfahrungen und Qualifikationen können im bürgerschaftlichen Engagement nutzbar gemacht und weitergegeben werden. Dies kann durch die Mitwirkung der vielen aktiven Senioren im Bildungssystem, z.B. bei der Ganztagsbetreuung, als „Lese- oder Bildungspaten“, in der Stadtteilkulturarbeit, in Nachbarschaftsprojekten, in Vereinen und Initiativen oder in Integrationsprojekten geschehen. Die Kommune sollte hierbei anregend und vermittelnd tätig werden, wie dies z.B. über Freiwilligenagenturen von Kommunen unterstützt wird.

Für viele hochaltrige Menschen muss eine ausreichende Dienstleistungsstruktur im Hilfe- und Pflegefall zur Verfügung stehen; auch hier kann bürgerschaftliches Engagement, insbesondere durch aktive Ältere, helfen und unterstützen.

### ***Integration***

Eine wirksame Integration von Migrantinnen und Migranten braucht weitaus größere Anstrengungen als bisher und neue konzeptionelle Überlegungen. Entscheidend ist, dass die Migranten in die sozialen Strukturen des Zusammenlebens in den Kommunen eingebunden werden. Ihre Kinder müssen einen besseren Zugang zum Bildungssystem erhalten, dafür sind gute Deutschkenntnisse unerlässlich. Bürgerschaftliches Engagement spielt dabei eine wichtige Rolle, sowohl das der Betroffenen als auch der Nachbarschaften.

Integrationskonzepte wirken erst dann nachhaltig, wenn sie durch eine breite Beteiligung aller erstellt werden. Dazu gehört eine systematische Einbindung von Selbstorganisationen der Migranten ebenso wie der offene Dialog mit der gesamten Bevölkerung. Besonders auf der Stadtteilebene bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, die Bürger aller Herkunft einzubinden.

Als ein erfolgreiches Mittel hat sich die Ausbildung von Bürgern zu Integrationslotsen erwiesen, die direkte Kontakte aufbauen und auf diese Weise dazu beitragen, Hemmschwellen abzubauen. Instrumente wie „Quartiersmanagement“ sollten noch stärker als bisher zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten und sozial Benachteiligten eingesetzt werden.

In Zusammenarbeit von Initiativen, Selbstorganisationen von Migranten, Wohlfahrtsverbänden, Bildungseinrichtungen, Wirtschaft und Gewerkschaften, Kirche sowie Politik und Verwaltung sollten Netzwerke gebildet werden. Sie schaffen wertvolle Kommunikationswege und Vertrauen und schlagen Brücken zwischen aufnehmender und zugewanderter Gesellschaft. Zugleich bieten sie die Möglichkeit, verschiedenen Maßnahmen zwischen den verschiedenen Akteuren abzustimmen und zu koordinieren. Dadurch können knappe Ressourcen wesentlich effektiver und nachhaltiger eingesetzt werden. Für diese Netzwerke gilt es durch die Kommunen Arbeitsstrukturen zu entwickeln, die langfristig wirken und über die rein projektbezogene Fokussierung hinausgehen. Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist als Initiator und Moderator hierbei besonders gefordert.

### ***Sicherheit in den Kommunen***

Tatsächliche und gefühlte Sicherheit im Wohnumfeld ist ein wesentlicher Faktor für mehr Lebensqualität und zur Akzeptanz und Identifikation. Nicht nur tatsächliche Kriminalität sondern auch Vandalismus und Verwahrlosung des Umfeldes, Anonymität und Isolation schaffen ein Gefühl von Unsicherheit und Angst.

In einer Kommune, in der das Zusammenleben von Toleranz und Rücksichtnahme, von Solidarität und gemeinsamer Verantwortung und von Leistungsbereitschaft und gegenseitiger Hilfe geprägt ist, werden sich die Menschen wohl und sicher fühlen. Hier muss Kommunalpolitik tätig werden. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung gehört zu ihren ureigensten Aufgaben. Bürgerschaftliches Engagement kann und sollte dabei staatliches Handeln ergänzen und bereichern.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des Wohnumfeldes aktiv einbezogen werden, schafft dies eine höhere Identifikation und einen verantwortlicheren Umgang. Gemeinsame Aktivitäten von Nachbarschaften können Zusammengehörigkeitsgefühl, gegenseitige Verantwortung und eine positive soziale Kontrolle befördern.

Gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit kann sich über gemeinsame Aktivitäten von Nachbarschaften und Gruppen Zivilcourage entwickeln. Über Sicherheitspartnerschaften (Sicherheitskonferenzen, Präventionsräte) und über „Bündnisse für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit“ lassen sich neue Formen des Miteinanders von Kommune und Bürgern gestalten.

### ***Infrastruktur, Wohnen und Entwicklung***

Im Kernbereich von Kommunalpolitik, der Schaffung und Erhaltung von Infrastruktur, dem Wohnen und der Gestaltung der Entwicklung der Kommune wird verstärkt auf den demografischen Wandel durch Anpassung reagiert, aber auch aktiv Prozesse beeinflusst, um negative Auswirkungen abzumildern oder zu verhindern. Bei der Aufrechterhaltung einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Gütern kann bürgerschaftliches Engagement kommunales Handeln ergänzen, beispielsweise beim Erhalt von Einrichtungen (Kindergärten, Bädern, Sportstätten, Bibliotheken usw.) durch Initiativgruppen und Vereine. In dünn besiedelten ländlichen Räumen sind ergänzende und ersetzende Modelle, die auf bürgerschaftlichem Engagement basieren, sinnvoll und notwendig, wie z.B. im öffentlichen Personenverkehr Bürgerbus, lokale Mitfahrbörse, Mitfahrkonzepte („Roter Punkt“), oder bei der Grundversorgung mit Gütern für den täglichen Bedarf Dorfläden und Einkaufsgemeinschaften. Diese Formen des bürgerschaftlichen Engagements brauchen die Unterstützung und Moderation der Kommune, denn sie bleibt letztendlich Gewährträger.

In der kommunalen Wohnungspolitik sollten Wohnformen entwickelt werden, die bürgerschaftliches Miteinander befördern und damit zur Attraktivitätssteigerung der Kommune beitragen, z.B. Mehrgenerationenhäuser, kommunikative Siedlungsformen, gemeinschaftliche Freiflächen und Infrastrukturen.

Eine Politik der Kommunalentwicklung, die intensiv mit Bürgerinnen und Bürgern zusammen arbeitet und alle Bevölkerungsgruppen einbindet, gewinnt zusätzlichen Sachverstand, orientiert sich an den Erwartungen und Interessen der Menschen und schafft so eine hohe Identifikation und Bindung. Hierfür gibt es eine Vielzahl von Beteiligungsformen und –instrumenten, angefangen von Bürgerstiftungen über Planungswerkstätten bis hin zu Stadtteilkonferenzen.

#### **4. Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement fördern**

Bürgerschaftliches Engagement ist keine Konkurrenz zur institutionalisierten Kommunalpolitik, sondern ist eine Ergänzung und Bereicherung. Das Primat der repräsentativen Demokratie wird durch optimale Förderung und Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements gestärkt.

##### ***Bürgerengagement muss in den Köpfen der Verwaltung verankert sein***

Bürgerschaftliches Engagement effektiv zu fördern, ist eine große Herausforderung für die Kommunalpolitik. Bürgerschaftliches Engagement sollte in der Verwaltung gelebt werden. Deshalb sollte es direkt bei der politischen Spitze angesiedelt werden, beispielsweise im Stab oder Büro des Oberbürgermeisters, im Steuerungsdienst und in den Stäben der befassten Dezernate, insbesondere in den Fachbereichen Stadtplanung, Bildung und Soziales.

Je professioneller die interne Dialogkultur, je vernetzter das Denken und je kommunikativer die Führung in der Verwaltung ist, umso besser wird auch der Dialog mit der Bürgerschaft gelingen. Verwaltung und Politik müssen bürgerschaftliches Engagement wertschätzen. Dazu gehört auch, die notwendigen materiellen und personellen Ressourcen bereitzustellen.

##### ***Bürgerengagement braucht ein Dach über dem Kopf***

In der praktischen Arbeit in den Städten, Gemeinden und Kreisen braucht bürgerschaftliches Engagement funktionale, flexibel nutzbare Infrastruktur sowie professionelle Unterstützung, um sich entfalten und kommunales Handeln sinnvoll ergänzen zu können. Bürgerschaftliches Engagement braucht das Back-office Verwaltung, Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen, Bürgerhäuser oder auch Seniorenbüros. Dabei geht es auch ganz praktisch um die Bereitstellung von Bürokommunikation, beispielsweise Computer, Fax und Internetzugang, Kopiergeräte und die Möglichkeit, über die Hausdruckerei günstig Flyer zu drucken.

Zudem brauchen Initiativgruppen, Vereine etc. Sitzungs- und Versammlungsräume mit Bewirtungsmöglichkeiten. Je nach Größe der Kommune sollten derartige Räume mehrfach und auch in unterschiedlicher Ausstattung vorhanden sein. Diese Engagement-Infrastruktur bereitzustellen, ist Teil der öffentlichen Gewährleistungsverantwortung. Dabei können Volkshochschulen neue Aufgaben zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement erhalten und zu Kompetenzzentren werden.

### ***Bürgerengagement braucht führende Köpfe in der Politik***

Ehrenamtliche Kommunalpolitik steht nicht in Konkurrenz zu bürgerschaftlichem Engagement, sondern in einer Schlüsselposition. Das Pendant zur aktiven Rolle der Bürger ist die aktivierende Rolle der kommunalen Politik.

Kommunalpolitiker/innen müssen deshalb vielmehr als bisher konsultative Problemlösungsprozesse anstoßen und steuern, an denen die Bürger und deren Gruppen und Organisationen glaubwürdig beteiligt werden. Dafür brauchen ehrenamtliche Kommunalpolitiker/innen ein neues Selbstverständnis. Kommunalpolitiker/innen sind ein integraler Bestandteil einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft, die alle Bürger umfasst. In dieser Rolle sind sie

- Initiator und Moderator von Planungs- und Diskussionsprozessen,
- Netzwerkpartner von Bürgern, Wirtschaft und Verbänden,
- Moderator und Förderer von Selbsthilfe und Eigenverantwortung

und sie gewährleisten

- den Ausgleich zwischen divergierenden Interessen und
- und sorgen für die angemessene Einbeziehung schwer organisierbarer Interessen.

## **5. Konsequenzen für Partei- und Fraktionsarbeit**

Erfolgreiche sozialdemokratische Kommunalpolitik macht sich die vorgenannten Rollen und Handlungsfelder zu eigen. Sie entwickelt Konzepte und Strategien zur Gestaltung des demografischen Wandels mit der Bürgerschaft. Sie fördert bürgerschaftliches Engagement, engagiert sich mit Bürgerinnen und Bürgern für ihre Kommune und ist Teil der Stadtgesellschaft bzw. Dorfgemeinschaft. Sie verbessert kontinuierlich ihre politische Arbeitsweise, fördert den Nachwuchs, bildet sich fort und gewinnt letztendlich Kommunalwahlen, um weiter Kommune und Bürgergesellschaft verantwortungsvoll mitgestalten zu können.

### ***Vertrauen in die Politik verlangt ernst gemeinte Bürgermitwirkung***

Bürgerschaftliche Mitwirkung darf nicht abgespeist werden als Forum oder Anhörung, die für die Fraktion oder Partei ohne Konsequenzen bleibt. Bürgermitwirkung ist ein Instrument, durch die Einbeziehung von zusätzlichem Wissen Qualität zu sichern und die Akzeptanz kommunalpolitischer Entscheidungen zu steigern. Zudem fördert sie den Prozess der Nachwuchsförderung in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik.

Partei und Fraktion sollten offenere Arbeitsformen anbieten, wie z.B. öffentliche Fraktionssitzungen in den Stadtteilen oder Dörfern. Örtlich Engagierte sollten die Möglichkeit der Darstellung ihres Engagements geboten werden. Bei der Beteiligung von Engagierten und von „Fachöffentlichkeit“ sollte der Meinungsbildungsprozess transparent gemacht werden und eine Information darüber an die Beteiligten erfolgen. Zugleich muss deutlich werden, wie weit der Einfluss Dritter an der Fraktions- und Parteiarbeit reichen soll (nur Mitberatung oder auch Mitentscheidung), um Enttäuschungen zu vermeiden. Zu offeneren Arbeitsformen gehört auch die Akzeptanz eines nur zeitlich oder örtlich begrenzten Engagements von Bürgerinnen und Bürgern an der Partei- und Fraktionsarbeit. Allerdings muss sichergestellt werden, dass bei der Aufstellung von Listen für Kommunalwahlen ein Mindestmaß an Kontinuität zur Mitarbeit bei den Kandidatinnen und Kandidaten gegeben ist.

### *Quereinstiege ermöglichen*

Der klassische Kommunalpolitiker der SPD hat oft als zugewähltes Mitglied in einem Fachausschuss seine „Ochsentour“ begonnen, gehört zu diesem Zeitpunkt schon dem Vorstand der örtlichen Parteiorganisation an und arbeitet sich zu einem aussichtsreichen Listenplatz oder einem sicheren Wahlkreis für den nächsten Urnengang empor. Ein Sitzungsmarathon folgt dem anderen, innerfraktionelle Machtkämpfe erfordern überall Präsenz: im Ortsverein, im Unterbezirk, und Sonntagvormittag bleibt beim politischen Frühschoppen vielleicht auch Zeit für den Wähler.

Dies ist weder für junge Leute als Berufsanfänger noch für den gestandenen mittelständischen Unternehmer, Handwerker oder Arzt im Kreiskrankenhaus, der mitgestalten will, noch für die „jungen Senioren“, die sich mit Sachkunde und Gestaltungswillen in die Belange ihrer Kommune einbringen wollen, attraktiv.

Daher müssen Quereinstiege ebenso möglich sein, wie eine verstärkte Rücksichtnahme auf familiäre und berufliche Verhältnisse, die nur eingeschränktes Engagement zulassen. Mitarbeit darf nicht zugleich Pflicht zur Teilnahme an (sämtlichen sonstigen) Gremiensitzungen bedeuten. Gaststatus und Kooptationen in Fraktion und Partei müssen ausgeweitet werden. Zugleich bietet das Engagement in Vereinen, sozialen und gemeinnützigen Organisationen und Initiativgruppen für Sozialdemokraten vielfältige Erfahrungen und Erkenntnisse für die Gestaltung erfolgreicher Kommunalpolitik. Auch haben diese so genannten Vorfeldorganisationen für die Gewinnung von Nachwuchs immer noch eine bedeutende Rolle.

### *Vertrauen zurückgewinnen*

Durch bewusste und gut organisierte Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in kommunalpolitische Entscheidungen wächst das Ansehen der SPD. Vertrauen in die Politik wird wieder zurückgewonnen und Zurückhaltung oder Verdrossenheit gegenüber Politik abgebaut. Engagierte Bürger, die mit der SPD und durch die SPD im Dialog sind, haben mehr Wissen über die Politik vor Ort und damit auch Verständnis für getroffene Entscheidungen. Verdrossen sind die Ahnungslosen und die außen vor Gelassenen.

### *Breitere Basis für Nachwuchs*

Durch aktivierende Beteiligungsformen und einen vorurteilsfreien Dialog mit engagierten Bürgern – auch mit denen, die traditionell nicht zum SPD-Milieu gehören – erhält die SPD neue Zugänge zu interessierten Bevölkerungsschichten und findet bislang nicht entdeckte Nachwuchskandidaten im vorpolitischen Raum. Damit sichert und erweitert sich die SPD ihr Reservoir an politischem Nachwuchs. Wie ein Wurzelwerk in der Gesellschaft muss dies wachsen.

### *Beteiligung ermöglicht Lernen – sie qualifiziert auch uns*

Die Förderung der demokratischen Teilhabe engagierter Bürger, der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in Vereinen und Organisationen sowie die Vernetzung der Politik mit dem „unpolitischen“ bürgerschaftlichen Engagement sind nicht nur Strategien zum Gewinnen von Wahlen. Sie qualifizieren ihrerseits auch die Genossen/innen, da sie hierdurch mehr Bodenhaftung und Erfahrungswissen in die entscheidenden Gremien mitnehmen können.

**Ein lebendiges breites bürgerschaftliches Engagement ergänzt, stärkt und bereichert die repräsentative Demokratie in den Kommunen und trägt wesentlich zur aktiven Gestaltung des demografischen Wandels bei. Zudem wird die kommunalpolitische Arbeit der SPD durch die gezielte Nutzung von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement besser. Das gilt sowohl für die Politikergebnisse der SPD als auch für die Art, wie wir unsere Politik vor Ort vermitteln. Politische Entscheidungen werden effektiver, nachhaltiger, gemeinwohlorientierter und finden breitere Akzeptanz. Mit besserer Politik werden auch Wahlen gewonnen.**

## *Anhang*

### *Was ist mit Bürgermitwirkung eigentlich gemeint?*

Der Titel einer Kommission beim Vorstand der Bundes-SGK lautet: „Lokale Demokratie – Ehrenamtliche Kommunalpolitik“. Der Bundes-SGK geht es also um die Partizipation und die Mitwirkung der Menschen in den Kommunen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich in den vergangenen 20 Jahren vor allem auf kommunaler Ebene neuere Formen der Partizipation etabliert haben: die direkte und die kooperative Demokratie. Damit haben wir drei Grundformen im „Instrumentenkasten“ unserer Demokratie, die jeder für sich unterschiedlich bewerten mag:

- *repräsentative Demokratie*
- *direkte Demokratie*
- *kooperative Demokratie*

Unbestritten ist bei den meisten, dass die „kooperative Demokratie“ – das ist der wissenschaftliche Begriff für „Bürgermitwirkung“ – als zentraler Ansatz zur Aufwertung der bestehenden repräsentativen Demokratie ernst zu nehmen ist. Während der Bürger in der direkten Demokratie die Rolle des Entscheiders an Stelle der kommunalen Vertretungskörperschaften erhält, bekommt er in der kooperativen Demokratie eher die Rolle eines gewünschten, gleichwertigen Partners der Politik zugewiesen.

Die kooperative Demokratie umfasst wiederum verschiedene Teile. Auch sie ist ein Oberbegriff: **Bürgermitwirkung** ist daher wie ein **Paar Schuhe** zu sehen: **Bürgerengagement** und **Bürgerbeteiligung** sind unterschiedliche Teile dieses Paares. Sie müssen aber zusammen gehen, denn nur mit einem Schuh kann man nicht laufen.

Die unterschiedlichen Wege der Bürger, Einfluss zu nehmen, und andere wichtige Merkmale der drei Grundformen seien in der folgenden Übersicht dargestellt – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

**Abbildung: Kennzeichen der drei Formen kommunaler Demokratie**

DEMOKRATIE-ELEMENTE	Repräsentative Demokratie	Direkte Demokratie	Kooperative Demokratie oder Bürgermitwirkung	
Art des Prozesses	Wahl auf Zeit, Repräsentation verfasst	Bürgerbegehren, Bürgerentscheid verfasst	Bürgerbeteiligung, Konsultation, Demokratische Teilhabe unverfasst	Freiwilliges bzw. Bürgerengagement, Sozialer Unternehmer unverfasst
Eigenschaften	Akteur ist der Politiker. Er entscheidet für den Bürger. Klare Verteilung von Aktiv- / Passivrolle.	Akteur ist der Bürger/der Initiator. Bürgerschaft entscheidet selbst. Überwiegend konfrontativ zwischen Politik und Bürger.	Akteur sind beide – jedoch bezieht Politik den Bürger ein und steuert. <b>Ziel: Konsultation</b> und Bündelung von Wissen, Akzeptanz und voneinander Lernen. Weiche Form der Mitbestimmung	Akteur sind beide – jedoch noch mehr auf Augenhöhe. Initiativ ist oft der Bürger selbst. <b>Ziel: Kooperation</b> , Verantwortungspartnerschaft. Erhalt und Aufwertung öffentlicher Dienstleistungen.
Rolle der Bürger	Wähler passiver, von Politikentscheidung Betroffener	Oft Angreifer Kassierer von Ratsentscheidungen	Berater, Co-Planer, Ideengeber, Wissens-Spender, Qualitätssicherer des Rathauses	Gleichwertiger Partner von Politik und Verwaltung, Co-Produzent sozialer Dienstleistungen, Sozialer Unternehmer
Rolle der Politik	Wahlkämpfer Machthaber „auf Zeit“	Oft Verteidiger selten Anbieter eines Bürgerentscheids (Ratsreferendum)	Initiator, Ermöglicher, Prozesstreiber, Netzwerker, Lotse, Moderator, Beschützer der weniger Artikulationsfähigen	
Beispiele		Bürgerbegehren gegen Verkauf städtischer Beteiligungen, gegen aufwändige Investitionen oder für bestimmte Planungsentscheidungen	Runder Tisch, Planungszelle, Zukunftskonferenz, Zielfindungsworkshop, Stadtteilkonferenz, aktivierende Befragung, etc.	Engagement in Vereinen zum Erhalt von Bädern, Schaffung neuer sozialer Dienste und Bildungsangebote, Kulturarbeit, etc.